Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 5.75 M. Einzelnummer 25 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 87 | Dresden, Freitag den 16. April 1920 | 31. Jahrg.

Eine kommunistisch-reaktionäre Verschwörung

Das neueste Narrenspiel

Einer unsrer Privatkorrespondenten meldete uns heute früh, daß Verhandlungen zwischen kommunistischen Vertretern und reaktionären Militärs im Gange seien. Das Ziel der Beratungen sei die Bildung einer kommunistisch-nationalen Front. Wir haben diese Drahtung in den Papierkorb versenkt, weil sie uns zu entenhaft anmutete. Die gestrige Falschmeldung des W. T.-B. über die Verhaftung von Bischoff und Lüttwitz mahnte zur Vorsicht. Es scheint jedoch, als ob uns die deutsche Revolution auch die scheinbar unglaubliche Mischung einer kommunistisch-reaktionären Verschwörung bescheren sollte, denn jetzt gibt auch das offiziöse Telegraphenbureau folgendes Telegramm aus:

Berlin, 16. April. Im Reichswehrministerium versammelten sich gestern die Hauptleute Viebahn und Bohnstedt, Kapitän Altvater und Leutnant Viebahn mit drei Kommunisten zur Beratung zwecks Zusammenschlusses auf national-kommunistischer Grundlage. Die Sitzung wurde entdeckt. Reichswehrminister Geßler vernahm sogleich die Teilnehmer, ließ sie festnehmen und dem Polizeipräsidium zuführen. Heute vormittag wurden die Vernehmungen fortgesetzt.

Nach dieser Meldung zu schließen, behalten diejenigen politischen Wetterpropheten recht, die eine nationalistisch-bolschewistische Strömung voraussagten. Wir würden damit in abgeschwächter zwerghafter Form erleben, was in Rußland beherrschend in die Erscheinung trat.

Der russische Bolschewismus trat bekanntlich in seiner revolutionären Kampfperiode nicht nur als internationale, sondern direkt als antisoziale Bewegung in Erscheinung. Seine Parole war: „Frieden um jeden Preis." Man scheute sich nicht, Dienste des deutschen Militarismus anzunehmen, um die Sache der Revolution in Rußland zu fördern, betätigte sich also geradezu nationsfeindlich. Als aber Rußland dann bolschewistisch geworden war, änderte sich sofort das Bild, und die Führer der Bolschewiki erklärten, die russischen Arbeiter hätten jetzt ein sozialistisches Vaterland, seien also verpflichtet, es zu verteidigen. Der Bolschewismus wurde als Träger des Krieges und Wiedervereiniger Rußlands eine nationale Macht.

Als solche trieb er auch seine auswärtige Politik. Sein Ziel war, zunächst die Nachbarländer gleichfalls bolschewistisch zu machen und dann im Bunde mit ihnen am Rhein die Entscheidungsschlacht gegen die Entente zu schlagen. Der Krieg sollte der bewegende Faktor der Weltrevolution sein und dem Bolschewismus Macht über die ganze Erde verschaffen.

Dieses Programm ist mittlerweile in Rußland auch schon wieder aufgegeben worden, aber seine Nachwirkungen leben in Deutschland fort. Und zwar hat hier die russische Einwirkung an zwei ganz verschiedenen Stellen ein Echo gefunden. Auf der einen Seite waren es die Kommunisten, von denen ein Teil die russische Parole gierig aufgriff in dem ehrlichen Glauben, daß damit das rettende Programm für die ganze Welt gefunden sei. Auf der andern Seite aber waren es deutschnationalistische Kreise, die in ihrem unübertrefflichen politischen Dilettantismus vom Bunde mit Rußland die militärische Revanche erhofften und ihr zuliebe auch den Bolschewismus zu übernehmen bereit waren. Es waren Offiziere der alten kaiserlichen Armee, die auf eine Anstellung in der Roten Armee spekulierten, wie ihre zaristischen Kollegen sie auf der andern Seite gefunden hatten. Den meisten dieser Leute kommt es natürlich nicht darauf an, für eine Idee zu wirken, sie suchen nur als echte Landsknechte eine Gelegenheit, ihrem alten Erwerb weiter nachzugehen.

Der Kapp-Putsch war im wesentlichen ein Unternehmen meuternder Landsknechte, die für ihre naiv-selbstsüchtigen irgendeine politische Einkleidung suchen. Nach dem Zusammenbruch des Kapp-Putsches haben sich dann Vertrauensmänner des Majors Bischoff an Vertreter der verschiedenen sozialistischen Richtungen herangemacht, bei denen sie „Verständnis" für ihre wirren Pläne zu finden hofften. Daß ihnen ihre Versuche bei den Unabhängigen und bei den Vertretern der alten kommunistischen Partei mißlangen, darf bei der Haltung dieser Partei ohne weiteres angenommen werden. Etwas anders steht es vielleicht mit der neu gegründeten „Kommunistischen Arbeiterpartei", die steht ja so weit links, daß sie sich mit der äußersten Rechten wieder zusammenfinden kann, denn die Extreme berühren einander bekanntlich.

Der Nationalbolschewismus, diese merkwürdige Mischung überrevolutionärer und extrareaktionärer Tendenzen, hat natürlich keine Aussicht, in Deutschland entscheidenden Einfluß zu erlangen. Wenn er überhaupt etwas kann, so kann er nur neuen Schaden anrichten. **Es scheint, daß dem armen Deutschland keine auch nur irgendwie erdenkbare Art von politischer Verrücktheit erspart bleiben soll.** Um so notwendiger ist, daß sich die bei Verstand gebliebenen fest zusammenschließen, um neues Unheil zu verhindern.

Gegen die Putschgefahr

Berlin, 16. April. Eigene Drahtmeldung

Es hat sich seit den gestrigen Mittagsstunden nichts wesentlich Neues ereignet. Aus Pommern und Mecklenburg kommen nur Nachrichten, daß dort nichts los sei. Tatsache ist jedoch, soweit man übersehen kann, daß sich sowohl in Schlesien wie auch in Pommern rechtsstehende radikale Zivilpersonen befinden, die auf einen Umsturz hinarbeiten und Anhänger für ihre Ideen zu gewinnen suchen. Sie haben, wohl in der Absicht, sich bei den Arbeitern einen besseren Boden sichern zu können, Verbindungen mit der Arbeitsgemeinschaft der Kommunisten, der neuen radikalen Kommunistengemeinschaft, gesucht und auch gefunden. Von beiden Seiten wird der Regierung der Putsch angedroht und die Einleitung des Revanchekrieges gegen Frankreich angekündigt. Die Kommunisten hoffen letzten Endes auf die Rätediktatur und die Putschisten von rechts auf eine Militärdiktatur und eine Erhebung des ganzen Volkes. Damit der neue Umsturz nicht wieder nur auf Norddeutschland beschränkt bleibt, hat man mit großem Geschick ein Schlagwort gewählt, das auch in Süddeutschland, zumal in Bayern, Verständnis finden wird. Dieses Schlagwort heißt: Gegen die Auflösung der Einwohnerwehren! Der Bund der Landwirte veröffentlicht in den rechtsstehenden Blättern einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Die gesamte Landwirtschaft wird sich geschlossen einer Staatsgestaltung widersetzen, die darauf ausgeht, nur eine Schicht der Bevölkerung zum ausschlaggebenden Machtfaktor zu erheben. Die deutsche Landwirtschaft braucht Ruhe und Ordnung, dies wird aber unmöglich, wenn sie waffenlos bewaffneten Teilen des Volkes gegenüberstehen soll, das keine Gewähr dafür bietet, daß diese Ruhe und Ordnung gesichert wird.

Im preußischen Staatsministerium wird die Lage mit andauerndem Ernste beurteilt, das Reichswehrministerium hat dem Obersten Lange, Kommandeur in Schwerin, der als verfassungstreu gilt, zum Kommandeur des Reichswehrgruppenkommandos Stettin ernannt. Man ist diesmal entschlossen, mit energischen Maßregeln der Putschgefahr entgegenzutreten, gestützt auf die als verfassungstreu angesehene Reichswehr, gegebenenfalls mit militärischer Macht. Es ist vielleicht angezeigt, zu betonen, daß die Putschisten dieses Mal nicht auf eine so günstige militärische Situation rechnen dürfen wie am 13. März. Es wurden nämlich im Laufe des gestrigen Tages sicherheitshalber die Zugänge zu dem Regierungsviertel durch die grüne Sicherheitspolizei gesichert. Außerdem wurden 15 schwere Tanks, 20 Panzerautos und einige Maschinengewehrabteilungen mit 80 Maschinengewehren nach Berlin beordert. Die grüne Sicherheitspolizei hat noch gestern in zahlreichen Versammlungen ihre Verfassungstreue bekundet. Es hat den Anschein, als ob der Putsch verschoben worden ist.

Der Vertreter des Reichswehrministeriums hat in der gestrigen Pressekonferenz offen zugegeben, daß im Reichswehrministerium ein andrer Nachrichtenapparat als der der Zivilbehörden überhaupt nicht zur Verfügung steht. Man traut den bestehenden Nachrichtenstellen, die sich bei allen höheren Kommandostellen befinden und eine weitverzweigte Organisation sind, so wenig, daß man ihre Berichte lieber gar nicht berücksichtigt, als sich durch sie irreführen zu lassen. Und das ist besser so, denn noch immer sitzen die alten militärischen Drahtzieher aus der Kappzeit auf ihren Plätzen, jene Dunkelmänner, deren Beteiligung an der Verschwörung erst durch langwierige Untersuchungen erwiesen werden wird, die aber jetzt noch jede Gelegenheit benutzen, das Wirken des Reichswehrministers nach Möglichkeit zu sabotieren.

•

Das reaktionäre Hauptquartier

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 16. April. Die Nacht in Berlin ist ruhig verlaufen. Mit einem unmittelbar bevorstehenden Putsch scheint man in Regierungskreisen jetzt nicht mehr zu rechnen. Es hat sich die unerhört: Tatsache ereignet, daß dem Steckbrief von Lüttwitz keine Photographie beigegeben war. Der Polizeipräsident von Berlin mußte sich ein Bild aus einer illustrierten Zeitschrift besorgen, um überhaupt zu wissen, wie Lüttwitz aussieht. Ueber eine Photographie des Majors Bischoff verfügt die Berliner Polizei bis heute noch nicht. Das Hauptquartier der Reaktionäre befindet sich in Lotzing (Pommern), wo der bekannte gewesene Landrat von Hergberg die Organisation führt.

Putschrüstungen im Wuppertal?

(Eigene Drahtmeldung)

Elberfeld, 16. April. Im Wuppertal bereiten sich Dinge vor, die die ernsteste Aufmerksamkeit der maßgebenden Stellen erfordern. Aeußerlich herrscht zwar noch Ruhe, doch scheinen sich linksradikale Elemente im stillen auf ein nochmaliges Losschlagen vorzubereiten. Es ziehen dauernd Trupps in militärischen Formationen durch die Straßen und werden auf Grund einer im geheimen arbeitenden Organisation mit den zahlreichen abgegebenen Waffen ausgerüstet.

Münster, 15. April. Die auf Grund des Bielefelder Abkommens in Bochum abzugebenden Waffen sind, wie von militärischer Seite verlautet, von zurückflutenden Spartakisten nachträglich ins bergische Land verschleppt worden, darunter angeblich vier Flugg-Geschütze. Auch in Wattenscheidt sollen viele Waffen versteckt sein. Die aus Barmen-Elberfeld abgezogene Rote Armee hat unterwegs sinnlos geplündert. Bei den radikalen Elementen der nördlich bis zur Ruhr liegenden Städte fanden sie willkommene Aufnahme und ließen auch dort das gestohlene Gut und viele Waffen zurück. In dieser Gegend besteht keine eigentliche Rote Armee mehr. Aber die neugebildeten Ortswehren in den einzelnen Gemeinden sind mit radikalen Elementen durchsetzt. An eine restlose Waffenabgabe wird auch hier nicht gedacht. Zwischen Elberfeld und Remscheid machen führerlose Banden die Gegend unsicher.

Ein Aktionsprogramm!

Die Sozialdemokratische Partei wird in den nächsten Wochen einen Wahlkampf zu führen haben, so heftig, wie sie ihn wahrscheinlich noch nie erlebt hat. Sie wird dabei nicht nur Rechenschaft für das abzulegen haben, was sie bisher getan hat, sondern sie muß, wenn sie in dem Wahlkampf die Massen gewinnen will, sagen können, was sie, wenn sie die Macht dazu hat, in der nächsten Zeit durchführen wird. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes werden wirtschaftliche Fragen stehen. Das Endziel der Sozialdemokratischen Partei steht fest. Wir wollen die Herbeiführung einer völlig sozialisierten Gesellschaft, aber es ist die Meinung der meisten sozialdemokratischen Theoretiker bis weit nach links, daß eine schnelle Vollsozialisierung nicht durchführbar ist, sondern daß wir nur allmählich und schrittweise unserm Ziele näher kommen können. Es genügt daher nicht, wenn wir auf unser Erfurter Programm hinweisen, da in dessen erstem Teil unsre sozialistischen Endziele aufgestellt werden, die in dem zweiten Teil unsers Erfurter Programms gestellten Einzelforderungen sind zum großen Teil erfüllt oder durch die Entwicklung gegenstandslos geworden.

Deswegen braucht die Partei für den Wahlkampf ein Aktionsprogramm, das unmittelbar zu verwirklichende Gegenwartsforderungen enthält. Während in dem zweiten Teil des Erfurter Programms in der Hauptsache die Demokratisierung des Staates und der Ausbau der Sozialpolitik gefordert wurden, müßte ein Aktionsprogramm, das die Partei heute aufstellt, vor allen Dingen Forderungen enthalten, deren Erfüllung die allmähliche Ueberleitung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft bedeutete. Bei der Sozialisierung handelt es sich um zweierlei. Es soll einmal die Volkswirtschaft möglichst planmäßig organisiert werden und außerdem sollen die Summen, die heute den Kapitalisten als Profit zufließen, durch die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel der Allgemeinheit zugeführt werden. Daher müßte ein sozialistisches Aktionsprogramm zunächst die Forderung enthalten, daß der heute noch herrschenden planlosen Wirtschaft so schnell wie möglich ein Ende gemacht wird. Es muß z. B. aufhören, daß jeder drauflos produzieren kann, was er will, ganz gleich, ob dadurch die Volkswirtschaft geschädigt wird, daß Kohlen und wertvolle Rohstoffe zur Herstellung von überflüssigem Tand verwendet werden, während sie uns bei der Erzeugung der notwendigsten Bedarfsartikel fehlen. Um das zu erreichen, muß der Weg weitergegangen werden, den man schon in einzelnen Wirtschaftszweigen (Kohle, Kali, Eisen usw.) beschritten hat. Es müssen Verbände der Unternehmungen gebildet werden, an deren Leitung Arbeiter, Verbraucher und Vertreter des Staates beteiligt sind.

Diesen Verbänden wäre vor allen Dingen die Aufgabe zuzuweisen, alles zu tun, um die deutsche Produktion mit allen Mitteln, die uns Technik und Wissenschaft zur Verfügung stellen, zu steigern und zu verbessern. Diese Organisationen müssen die Mittel in die Hand bekommen, etwaigen Widerstand einzelner zu brechen, damit nicht durch Unternehmersabotage unsre Volkswirtschaft geschädigt werden kann. Es muß ferner verhütet werden, daß in Zukunft in Deutschland noch Millionen für Konkurrenz und Reklame ausgegeben werden, und entschiedener als bisher ist jede überflüssige Einfuhr zu bekämpfen.

Mit der fortschreitenden Organisation des Wirtschaftslebens müßte die Vermehrung des Besitzes des Staates und der Gemeinden an Produktionsmitteln Hand in Hand gehen. Je größer die Zahl der Unternehmungen ist, die ganz oder teilweise im Besitz von Staat und Gemeinden sind, um so eher wird es uns möglich sein, das private Unternehmertum zu kontrollieren und zu beaufsichtigen. Dabei darf freilich das Wirtschaftsleben nicht bureaukratisiert werden. Wo ein Unternehmen in den Besitz des Staates übergeht, müssen Leitung und Geschäftsführung möglichst kaufmännisch organisiert sein.

Das Aktionsprogramm hätte ferner die Forderung zu enthalten, daß jede Möglichkeit eines Gewinnes an Grund und Boden beseitigt wird. Unser Endziel bleibt natürlich die völlige Sozialisierung des Bodens. Fürs erste müßte aber gefordert werden, daß der Staat ein weitgehendes Vorkaufs- und Enteignungsrecht erhält, das ihm ermöglicht, jede Steigerung der Bodenpreise zu verhindern, oder doch etwaige Gewinne in vollem Umfange der Allgemeinheit zuzuführen. Von diesem Vorkaufs- und Enteignungsrecht wäre Gebrauch zu machen, um allmählich den Großgrundbesitz in die Hand des Staates zu bekommen. Ob dann der Staat die so erworbenen Güter selbst bewirtschaftet oder ob er sie verpachtet, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, über die die Sachverständigen entscheiden mögen. Es muß selbstverständlich diejenige Betriebsform herausgesucht werden, mit deren Hilfe die höchsten Erträge erzielt werden können. Die kleineren Landwirte wären in Genossenschaften zusammenzufassen, um die Vorteile, die der Großbetrieb in der Landwirtschaft hat, auf diese Weise möglichst auch für die kleineren Wirtschaften nutzbar zu machen. Wo die Bildung derartiger Genossenschaften an der Hartköpfigkeit einzelner zu scheitern droht, müßte eventuell die Anwendung von staatlichem Zwang möglich sein. Es darf nicht geduldet werden, daß die Volksernährung leidet, weil einzelne sich aus Einsichtslosigkeit oder Hartköpfigkeit dem Fortschritt entgegenstellen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200416/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG